

## Anlage in Neumünster ab heute einsatzbereit

Neumunster. Wer sich in Schleswig-Holstein hartnäckig weigert, eine Koronaquarantäne zu akzeptieren, ist seit Montag in extremen Fällen mit einer Unterkunft bedroht. In einer separaten Einrichtung auf dem Gelände der Jugendstrafanstalt Moltsfelde in Neumünster ist Platz für bis zu sechs Quarantäneverweigerer. Bis zum Freitagnachmittag sei nicht absehbar, dass die Bezirke bereits von der Unterkunftsmöglichkeit Gebrauch machen würden, sagte eine Sprecherin der Bezirksversammlung. Ein Blick in einen Korridor mit Zellenräumen in einem Flügel des Jugendgefängnisses Moltsfelde, aufgenommen während einer Fotosession. © Quelle: Christian Charisius / dpa Anzahl der Quarantäneverweigerer unklar Ein Gericht muss letztendlich über eine vom Gesundheitsamt bestellte Unterkunft entscheiden. Als &hellip;



News

Neumunster. Wer sich in Schleswig-Holstein hartnäckig weigert, eine Koronaquarantäne zu akzeptieren, ist seit Montag in extremen Fällen mit einer Unterkunft bedroht. In einer

separaten Einrichtung auf dem Gelände der Jugendstrafanstalt Moltsfelde in Neumünster ist Platz für bis zu sechs Quarantäneverweigerer.

Bis zum Freitagnachmittag sei nicht absehbar, dass die Bezirke bereits von der Unterkunftsmöglichkeit Gebrauch machen würden, sagte eine Sprecherin der Bezirksversammlung.

Ein Blick in einen Korridor mit Zellenräumen in einem Flügel des Jugendgefängnisses Moltsfelde, aufgenommen während einer Fotosession. © Quelle: Christian Charisius / dpa

## **Anzahl der Quarantäneverweigerer unklar**

Ein Gericht muss letztendlich über eine vom Gesundheitsamt bestellte Unterkunft entscheiden. Als letztes Mittel kommt nach dem Infektionsschutzgesetz die sogenannte Segregation in Betracht. Dies bedeutet, dass sich jemand sichtbar weigern muss, Bedingungen einzuhalten, Verstöße nachgewiesen werden müssen und ein sogenannter Bedrohungsansatz erfolglos gewesen sein muss. Es ist nicht bekannt, wie viele Quarantäneverweigerer es im Land gibt.

Der Bezirk Segeberg wird die Unterkunft betreiben und den anderen Bezirken und Stadtbezirken zur Verfügung stellen. 12 bis 15 Personen sind im Rahmen von Gebührenverträgen beschäftigt. Mehr als 30 ehemalige Polizisten und Justizvollzugsbeamte hatten sich freiwillig gemeldet.

**Inspiziert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)**

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**